S 4 Ar 906/94

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

6

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze -

Normenkette

1. Instanz

Aktenzeichen S 4 Ar 906/94 Datum 21.03.1996

2. Instanz

Aktenzeichen L 6 RJ 130/99 ZVW

Datum 27.11.2001

3. Instanz

Datum -

I. Auf die Berufung der KlĤgerin wird das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 21. MĤrz 1996 aufgehoben. Der Bescheid der Beklagten vom 27. Januar 1994 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 1. September 1994 wird abgeĤndert und die Beklagte wird verurteilt, der KlĤgerin unter Zugrundelegung eines im April 1991 gestellten Antrags ab 1. April 1991 wiederaufgelebte Witwenrente aus der Versicherung des E. D. zu gewĤhren.

- II. Die Beklagte trägt die notwendigen auÃ∏ergerichtlichen Kosten der Klägerin fÃ⅓r alle RechtszÃ⅓ge.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist, inwieweit die (wiederaufgelebte) Witwenrente der Klägerin aus der gesetzlichen Rentenversicherung wegen Zusammentreffens mit einer Witwenrente aus der gesetzlichen Unfallversicherung nur in beschränktem Umfang zu leisten ist, insbesondere, ob diesbezüglich noch das bis zum 31.12.1991 geltende Recht anzuwenden ist.

Die am 1945 geborene Klägerin ist in erster Ehe mit dem Versicherten E. D.

verheiratet gewesen, der am 19.6.1967 infolge eines Arbeitsunfalls ums Leben gekommen ist. Daraufhin hat sie Witwenrenten aus der gesetzlichen Unfallversicherung von der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik (BG) und aus der gesetzlich Rentenversicherung von der Landesversicherungsanstalt Oberfranken und Mittelfranken (LVA Ofr./Mfr.) bezogen. Beide Renten sind mit Ablauf des 31.3.1972 fortgefallen, nachdem die KlĤgerin den Versicherten S. S. geehelicht hatte. Letzterer ist am 9.12.1989 verstorben. Seitdem erhĤlt die KlĤgerin aus dessen Versicherung eine Witwenrente von der Bundesversicherungsanstalt fýr Angestellte (BfA). Ab 22.1.1991 ist ihr von der BG nach ihrem ersten Ehemann eine wiederaufgelebte Witwenrente aus der gesetzlichen Unfallversicherung gewĤhrt worden.

Während des Verwaltungsverfahrens bei der BG, das die wiederaufgelebte Witwenrente aus der gesetzlichen Unfallversicherung zum Gegenstand hatte (Antrag vom 22.1.1991), war es zu mehreren Kontakten zwischen dem damaligen Bevollmächtigten der Klägerin (ihrem jetzigen ProzeÃ□bevollmächtigten) und der BG einerseits sowie der BG und der LVA Ofr./Mfr. andererseits gekommen, die sich auf die Frage eines Wiederauflebens der Witwenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung bezogen:

Unter dem 17.4.1991 teilte die BG der LVA Ofr./Mfr. mit (Eingang dort am 19.4.1991), wobei sie das Rentenzeichen der LVA Ofr./Mfr. angab, die KlĤgerin werde von der BG eine wiederaufgelebte Witwenrente erhalten. Ein von der Witwe infolge AuflĶsung der Ehe erworbener neuer Unterhalts-, Renten- oder Versorgungsanspruch sei gemĤÄ∏ § 615 Abs. 2 RVO auf die Witwenrente anzurechnen. Der BG sei nicht bekannt, daÄ∏ die KlĤgerin bei der LVA Ofr./Mfr. einen Antrag auf Wiederaufleben der Witwenrente aus ihrer ersten Ehe gestellt habe. Es werde deshalb gebeten, mitzuteilen, was der KlĤgerin jetzt als Witwenrente aus der Versicherung ihres ersten Ehemannes zustehen wĽrde.

Nachdem die BG noch die von der LVA Ofr./Mfr. zur Identifizierung des Vorgangs verlangten genauen Personalien des Versicherten E. D. ýbermittelt hatte (Schreiben vom 14.6.1991, Eingang bei der LVA Ofr./Mfr. am 18.6.1991) führte die LVA Ofr./Mfr. in ihrem Antwortschreiben vom 27.6.1991 (Eingang bei der BG am 3.7.1991) aus, die KIägerin habe bisher einen Antrag auf Wiederaufleben der Witwenrente aus der Versicherung ihres ersten Ehemannes E. D. nicht gestellt. Die gewÃ⅓nschte Auskunft könne daher nicht erteilt werden; hierzu müÃ□ten nämlich die von der KIägerin infolge der Auflösung der zweiten Ehe erworbenen Versorgungs- bzw. Unterhaltsansprüche bekannt sein und angerechnet werden. Im Ã⅓brigen werde darauf hingewiesen, daÃ□ die gegenüber dem zweiten Ehemann erworbenen Ansprþche zu ermitteln seien (А§ 615 Abs. 2 RVO).

Die BG übersandte hierauf unter dem 17.7.1991 dem Bevollmächtigten der Klägerin eine Zwischenmitteilung, daÃ☐ die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen hätten werden können, da die erforderlichen Auskünfte von der LVA Ofr./Mfr. trotz mehrfacher Erinnerung noch nicht vorlägen. Um die Sache zu beschleunigen werde der Bevollmächtigte gebeten, umgehend einen Antrag auf Wiederaufleben der Witwenrente aus der Versicherung des ersten Ehemannes der

KIägerin bei der LVA Ofr./Mfr. zu stellen. Sobald er dort den Antrag gestellt habe, solle er eine kurze Nachricht geben.

Die unter dem 17.7.1991 durch die BG erfolgte Anmahnung, die Höhe der Witwenrente aus der Versicherung des E. D. mitzuteilen, beantwortete die LVA Ofr./Mfr. mit Schreiben vom 25.7.1991: Die Klägerin habe bisher keinen Wiederauflebensantrag gestellt. Sofern trotzdem eine fiktive Berechnung der derzeit zu zahlenden Witwenrente benötigt werde, werde um Mitteilung der Unfallrentendaten gebeten.

Unter dem 6.8.1991 fragte die BG unter Bezugnahme auf ihr Schreiben vom 17.7.1991 beim BevollmĤchtigten der KlĤgerin an, ob er inzwischen bei der LVA Ofr./Mfr. den Wiederauflebensangtrag gestellt habe und ggf. wann. Erneute Erinnerungen der BG â□□ vom 16.8.1991 und 10.10.1991 â□□ blieben beim BevollmĤchtigten erfolglos.

Auf den Hinweis der BG â Schreiben vom 13.11.1991 -, sie werde den bei ihr gestellten Wiederauflebensantrag für gegenstandslos ansehen, wenn der entsprechende Antrag beim Rentenversicherungsträger nicht gestellt werde, antwortete der Bevollmächtigte unter dem 7.12.1992, er sei der Auffassung, daà es eines solchen Antrags nicht bedürfe, da es sich bei der Rente aus der gesetzlichen Unfallversicherung um eine gesonderte Leistung handle; er erwarte die unverzügliche Entscheidung darüber. Unabhängig habe er sich inzwischen mit der LVA Ofr./Mfr. in Verbindung gesetzt. Es werde jedoch ganz offensichtlich durch die Aufrechnung der Leistungen aus der Rentenversicherung des zweiten Ehemannes ein Zahlungsanspruch aus der Rentenversicherung des ersten Ehemannes nicht entstehen.

Ebenfalls mit Schreiben vom 7.12.1992, eingegangen am 9.12. 1992, wandte sich nun die KlĤgerin durch ihren BevollmĤchtigten an die LVA Mfr./Ofr. mit einem "Antrag auf Wiederaufleben von Hinterbliebenenrentenleistungen" aus der Versicherung ihres ersten Ehemannes. Dabei bezog sie sich auf den am 22.1.1991 bei der BG gestellten Antrag und vertrat nunmehr die Ansicht, dieser gelte auch als Antrag auf Wiederaufleben der Rentenversicherungsleistungen.

Mit Bescheid vom 27.1.1994 gewĤhrte die Beklagte, an die das Verfahren zustĤndigkeitshalber abgegeben worden war, der KlĤgerin unter Zugrundelegung der Vorschriften des SGB VI ab 1.12. 1991 eine "groÃ□e Witwenrente nach dem vorletzten Ehegatten". Nach erfolglosem Vorverfahren (Widerspruchsbescheid vom 1.9. 1994) begehrte die Klägerin vor dem Sozialgericht Landshut (SG) die Zahlung einer nach dem bis zum 31.12.1991 geltenden Recht berechneten Rente bereits ab 1.1.1991, hilfsweise eine Leistungshöhe nach MaÃ□gabe der §Â§ 266, 311, 312 SGB VI. Diese Klage wurde durch Urteil des SG vom 21.3.1996 abgewiesen. Im anschlieÃ□enden Berufungsverfahren vor dem Bayerischen Landessozialgericht (LSG) beschränkte die Klägerin ihr Klagebegehren auf die Anwendung der §Â§ 266, 311, 312 SGB VI bei der Rentenberechnung. Das LSG wies die Berufung der Klägerin durch Urteil vom 18.11.1997 zurýck.

Mit Urteil vom 13.1.1999 hob das Bundessozialgericht (BSG) das Urteil des LSG vom 18.11.1997 auf und verwies die Sache zu erneuter Verhandlung und Entscheidung an das LSG zurück. Es führte aus, wegen des vom LSG mit bindender Wirkung festgestellten Zeitpunkts des Antrags vom 9.12.1992 kA¶nnte die KlA¤gerin nur dann eine günstigere Berechnungsweise für das Zusammentreffen von Unfallund Rentenversicherungsrente und damit ha ¶here Zahlbetr Azge erreichen, wenn vorliegend ausnahmsweise doch noch das vor dem 1.1.1992 geltende Rentenrecht anwendbar wäre. Dies käme in Betracht, wenn die Klägerin im Wege eines sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs so behandelt werden müÃ∏te, als hätte sie die wiederaufgelebte Witwenrente aus der Rentenversicherung bis zum 31.3.1992 beantragt. Hierfür gebe es Anhaltspunkte: Immerhin habe die LVA Ofr./Mfr. bereits seit dem 19.4.1991 Kenntnis von dem infolge des Todes des zweiten Ehemannes der KlĤgerin eingetretenen Wiederaufleben des Witwenrentenanspruchs gehabt, ohne da̸ sie sich im Rahmen ihrer Beratungsund Betreuungspflichten veranla̸t gesehen habe, die Klägerin auf das Erfordernis eines Antrags, die insoweit geltende Antragsfrist (vgl. <u>§ 1291 Abs. 2</u> Satz 1 RVO, ab 1.1.1992: § 99 Abs. 2 SGB VI) und die sich aus einer Anwendung neuen Rechts mA¶glicherweise ergebenden Nachteile hinzuweisen (Hinweis auf BSG SozR 2200 <u>§ 1286 RVO Nr. 3</u>; SozR 2200 <u>§ 1290 RVO Nr. 11</u>; SozR 3-2600 <u>§</u> 115 SGB VI Nr. 1). Der Umstand, daà die (damals allerdings bereits anwaltlich vertretene) Klägerin im Jahre 1991 mehrfach von der BG aufgefordert worden sei, auch beim zustĤndigen RentenversicherungstrĤger einen Antrag auf wiederaufgelebte Witwenrente zu stellen, sei der LVA seinerzeit offenbar nicht bekannt gewesen. Dieser Umstand kA¶nnte daher wohl nur bei der Frage eines ursÄxchlichen Zusammenhanges zwischen behĶrdlicher Pflichtverletzung und eingetretenem Rechtsnachteil von Bedeutung sein. Insofern dÃ1/4rfte er einen sozialrechtlichen Herstellungsanspruch nicht zwingend ausschlieÄ

en. Denn sachgerechte Hinweise des RentenversicherungstrĤgers hĤtten bei der KlĤgerin möglicherweise eine andere Wirkung erzielt als die Aufforderung der BG. Das BSG hat sodann für klärungsbedürftig gehalten, ob ein entsprechender sozialrechtlicher Herstellungsanspruch gegeben sei; hierfür seien weitere Ermittlungen erforderlich.

Zur Feststellung, ob sachgerechte Hinweise des RentenversicherungstrĤgers die KlĤgerin veranlaÄ□t hĤtten, rechtzeitig den Antrag auf Wiederaufleben der Witwenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu stellen, hat der Senat eine Stellungnahme der KlĤgerseite eingeholt. Die KlĤgerin trug darin vor, zunĤchst habe sie im Jahre 1990 ihren BevollmĤchtigten beauftragt, den Rentenbescheid der BfA betreffend die Witwenrente aus der Versicherung des zweiten Ehemannes zu ù¼berprù¼fen. Sie sei darauf hingewiesen worden, daÃ□ das Wiederaufleben der Leistungen, die bei der Wiederheirat abgefunden worden seien, betrieben werden solle; und zwar solle insbesondere der Antrag bei der BG gestellt werden, da mit Leistungen der Rentenversicherung aus AnlaÃ□ des Todes des ersten Ehemannes wohl nicht zu rechnen sei. Das Verfahren bei der BG im AnschluÃ□ an den Antrag vom Januar 1991 habe sich sehr lange hingezogen. Die BG habe zunĤchst mitgeteilt, daÃ□ sie mit der LVA Ofr./Mfr. Kontakt aufgenommen habe. SpĤter sei ihr BevollmĤchtigter von der BG aufgefordert worden, einen Antrag beim Träger der gesetzlichen Rentenversicherung auf Wiederaufleben der

Witwenrente aus der Versicherung des ersten Ehemannes zu stellen, da sonst die Leistungen der BG nicht berechnet werden kA¶nnen. Diese offensichtlich falsche gegenüber der BG darauf hinzuweisen, daÃ∏ deren eigenständige Leistungen festzustellen seien und ein Abwarten der Entscheidung des RentenversicherungstrĤgers nicht notwendig sei. Diese rechtliche Bewertung sei von der LVA Ofr./Mfr. unter Hinweis auf die Vereinbarung zwischen dem Verband Deutscher RentenversicherungstrĤger und dem Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften bestÄxtigt worden. Der Antrag auf Wiederaufleben der Hinterbliebenenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung sei dann am 07.12.1992 gestellt worden, um der BG auch das letzte (nicht zutreffende) Argument zu nehmen, sie könne über die Ansprüche der Klägerin nicht entscheiden. Als im Januar 1991 der Antrag auf Wiederaufleben bei der BG gestellt worden sei, seien der KlĤgerin und auch ihrem BevollmĤchtigten die Auswirkungen einer verĤnderten Ruhensberechnung beim Zusammentreffen von Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung mit solchen aus der gesetzlichen Unfallversicherung, wie sie durch das SGB VI eingefýhrt worden seien, nicht bekannt gewesen. HÄxtte der RentenversicherungstrÄxger auf sich abzeichnende ̸nderungen in der Ruhensberechnung hingewiesen oder generell auf das Antragserfordernis verwiesen, hÃxtte die KlÃxgerin und ihr BevollmÃxchtigter sich überzeugen lassen. So aber seien die Hinweise der BG als das gedeutet worden, was sie auch tatsÄxchlich gewesen seien, nÄxmlich als Behauptung von Hinderungsgründen, die in Wirklichkeit der Entscheidung nicht entgegengestanden hÄxtten. Die Aufforderungen der BG, den Antrag beim RentenversicherungstrĤger zu stellen, sei von ihrem BevollmĤchtigten nicht weitergegeben worden, da sie durch den Tod ihres zweiten Ehemannes und eine eigene Erkrankung nervlich nicht belastbar gewesen sei. Die Entscheidung, vordringlich die Leistungen der BG einzufordern, sei in ihrem wohlverstandenen Interesse von ihrem BevollmÄxchtigen getroffen worden. Die HĶhe der von der Beklagten festgestellten Rente bestÄxtigte im Ã1/4brigen die grundsÄxtzlich richtige Bewertung der PrioritAxten.

Die KlAzgerin beantragt,

das Urteil des SG Landshut vom 21.3.1996 aufzuheben sowie den Bescheid der Beklagten vom 27.1.1994 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 1.9.1994 abzuändern und die Beklagte zu verurteilen, ihr unter Zugrundelegung eines fiktiv im April 1991 gestellten Antrags ab 1.4.1991 wiederaufgelebte Witwenrente aus der Versicherung des E. D. zu gewähren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen, hilfsweise die Revision zuzulassen.

Wegen des Vorbringens der Beteiligten im einzelnen und zur ErgĤnzung des Tatbestands wird im übrigen auf den Inhalt der beigezogenen Akten und der Akte des Bayer. Landessozialgerichts sowie auf den Inhalt der vorbereitenden SchriftsĤtze Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung der KlĤgerin gegen das Urteil des SG Landshut vom 21.3.1996 ist zulĤssig und auch im Sinn des zuletzt gestellten Antrags begründet.

Die Klägerin hat ab 1.4.1991 Anspruch auf wiederaufgelebte (groÃ□e) Witwenrente gemäÃ□ den §Â§ 1291 Abs. 2, 1268 Abs. 2 RVO. Die Klägerin kann nämlich aufgrund eines sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs verlangen, so gestellt zu werden, als habe sie bereits im April 1991 beim Rentenversicherungsträger wiederaufgelebte Witwenrente beantragt. Diesbezù⁄₄glich steht ihr nämlich ein sozialrechtlicher Herstellungsanspruch zur Seite: sie ist nicht ausreichend beraten worden und die der Mangel der Beratung ist fù⁄₄r das Unterlassen des Antrags ursächlich gewesen.

Die LVA Ofr./Mfr. hat seit dem 19.4.1991, als ihr mit Schreiben der BG vom 17.4.1991 auch das Rentenzeichen der weggefallenen Witwenrente der KlĤgerin mitgeteilt worden war, alle Informationen gehabt, die fýr eine ordnungsgemäÃ∏e Beratung der Klägerin erforderlich gewesen sind: sie wuÃ∏te Bescheid, da̸ ein Wiederaufleben der Witwenrente nach dem ersten Ehemann in Betracht kam, daÃ⊓ eine wiederaufgelebte Witwenrente aus der gesetzlichen Unfallversicherung geleistet werden würde, daÃ∏ in Kürze das SGB VI mit den ungünstigeren Bestimmungen für das Zusammentreffen von Renten aus der gesetzlichen Unfall- und Rentenversicherung in Kraft treten wÃ⅓rde, und daÃ∏ dem Zeitpunkt des Antrags entscheidende Bedeutung zukomme. Diese Informationen hÃxtte sie der KlÃxgerin im Rahmen ihrer Beratungs- und Betreuungspflichten, wie im zurückverweisenden Urteil des BSG ausgeführt, geben müssen. Es wäre ihr möglich gewesen, die Klägerin noch im April 1991 in diesem Sinn korrekt zu beraten, auch wenn dem RentenversicherungstrÄzger durchaus eine gewisse Bearbeitungszeit zuzugestehen ist. Es mu̸ dabei auch davon ausgegangen werden, da̸ die Klägerin bis spätestens 30.4.1991 den (formlosen) Wiederauflebensantrag noch zuwege gebracht hÃxtte. Die notwendige Beratung hat die Beklagte unterlassen. Die Beratung durch die BG ist, wie das BSG in seinem zurückverweisenden Urteil festgestellt hat, inhaltlich unzureichend gewesen, so da̸ sie die Beratung durch den Rentenversicherungsträger nicht ersetzen konnte. Die Ermittlungen des Senats, die sich naturgemäÃ∏ nur auf die Herbeiführung von Ã∏uÃ∏erungen der Klägerseite beziehen konnten (andere sind nicht ersichtlich), haben ergeben, da̸ die fehlende Beratung seitens des RentenversicherungstrĤgers auch kausal fþr das Unterlassen eines rechtzeitigen Antrags gewesen ist. Die Ausführungen im Schreiben der Klägerseite vom 3.7.2000 sind überzeugend und waren daher der Entscheidung zugrunde zu legen, da sie mit dem Verhalten in den vorangegangenen Verwaltungsverfahren nicht im Widerspruch stehen und in sich schlA¼ssig und plausibel sind. Insbesondere ist auch bei anwaltschaftlicher Vertretung zuzugestehen, da̸ nicht alle Probleme bei umfangreichen GesetzesĤnderungen sofort überschaut und einem Einzelfall unter vielen zugeordnet werden kA¶nnen; bei den RentenversicherungstrĤgern hat es im Zusammenhang mit der Einfļhrung des SGB VI ebenfalls Anbergangsschwierigkeiten gegeben (auch der vorliegende Fall mag damit zusammenhängen). Es ist also davon auszugehen, daÃ∏ der

Klägerseite die Auswirkungen einer veränderten Ruhensberechnung beim Zusammentreffen von Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung mit solchen aus der gesetzlichen Unfallversicherung, wie sie durch das SGB VI eingefýhrt worden sind, nicht bekannt gewesen sind, und daÃ☐ sich die Klägerin und ihr Bevollmächtigter hätten von der Notwendigkeit einer umgehenden Antragstellung Ã⅓berzeugen lassen, hätte der Rentenversicherungsträger auf sich abzeichnende Ã☐nderungen in der Ruhensberechnung hingewiesen oder generell auf das Antragserfordernis verwiesen.

Da die Klägerin somit so zu behandeln ist, als habe sie den Antrag auf wiederaufgelebte Witwenrente bereits im April 1991 gestellt, und da alle anderen Voraussetzungen fýr diesen Anspruch (unstreitig) vorliegen, hat die Klägerin ab 1.4.1991 den entsprechenden Rentenanspruch. Das Urteil des SG Landshut vom 21.3.1996 war demgemäÃ \Box aufzuheben, der Bescheid der Beklagten 27.1.1994 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 1.9.1994 war abzuändern und die Beklagte war zu verurteilen, der Klägerin unter Zugrundelegung eines im April 1991 gestellten Antrags ab 1.4.1991 wiederaufgelebte Witwenrente aus der Versicherung des E. D. zu gewähren (§Â§ 1291 Abs. 2 Satz 1, 1290 Abs. 3 Satz 1 RVO).

Die Kostenentscheidung ergibt sich aus § 193 SGG.

Gründe, die Revision gemäÃ∏ <u>§ 160 Abs. 2 SGG</u> zuzulassen, liegen nicht vor, nachdem sich der Senat an die Vorgaben des BSG gehalten hat und lediglich eine Beweiswürdigung vorzunehmen war.

Erstellt am: 04.10.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024